

Einem heißen Sommer folgt ein noch heißerer Herbst!

Der Sommer hat in Hessen deutlich seine Spuren hinterlassen. Hessen stöhnte über karibische Nächte, wenig bis keinen Niederschlag und steigende Preise in den Supermärkten und an den Zapfsäulen. Hinzu kommt ein politisches Berlin, dass sich wegen einer möglichen neuen Coronawelle im Herbst gegenseitig medial befeuert.

Als hätten wir keine Probleme. Zur Erinnerung: Am 31. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine wurde der sechste Monat des russischen Angriffskrieges von den Geschichtsschreibern registriert. Menschen sterben, Millionen sind auf der Flucht. Das ist eine oft „weggedrückte“ Realität. **Zurück zum dienstlichen Alltag. Auch hier könnte man annehmen, die Hitze ist der Landesregierung zu Kopf gestiegen: Das einseitige Vorgehen der Landesregierung beim Thema Beamtenbesoldung ist unerträglich!** Es grenzt schon an gewaltige Ignoranz, wie die Regierungsfaktionen mit den Gewerkschaften umgehen. Weder wurden zugesagte Gesprächstermine zielführend einberufen noch gab es im Vorfeld Verlautbarungen von der Landesregierung, in welche Richtung es gehen soll. Höhepunkt der Ungeordnetheit innerhalb der CDU-Fraktion waren zudem die im April 2022 anlässlich des GdP-Landesdelegiertentages in Marburg getätigten Aussagen des Innenpolitischen Sprechers der CDU in einer Podiumsdiskussion. „In diesem Jahr können wir keine Maßnahmen ergreifen, weil wir erst den höchstrichterlichen Spruch aus Karlsruhe abwarten müssen.“ Mitten in den Sommerferien konnte es offensichtlich MP Boris Rhein und Innenminister Peter Beuth nicht schnell genug gehen. Am späten Abend des 4. August unterrichtete IM Beuth den DGB-Vorsitzenden Hessen/

Thüringen, Michael Rudolph, dass MP und IM beabsichtigten, am Folgetag eine Pressekonzferenz zum Thema „Verfassungswidrige Besoldung“ mit entsprechenden Kernaussagen abzuhalten. Von den Grünen hat man nichts gehört, was nicht wundert, denn die ducken sich ja in Hessen bekanntermaßen bei wichtigen Themen immer weg! Dennoch war und ist es eine Entscheidung der

Landesregierung, per Gesetz zu versuchen, die Landesbeamtinnen und Landesbeamten ruhigzustellen. **Auszug: Anhebung der Besoldung und Versorgungsbezüge: zum 1. April 2023 sowie zum 1. Januar 2024 um jeweils drei Prozent. Höhere Familienzuschläge ab 1. April 2023: für die ersten beiden Kinder um jeweils 100 Euro pro Monat (eine Familie mit zwei Kindern erhält 200 Euro zusätzlich), für jedes weitere Kind um jeweils 300 Euro pro Monat (eine Familie mit vier Kindern erhält 800 Euro zusätzlich).** Nun scheint aber der Druck so groß geworden zu sein, dass schleunigst und unabgestimmt Vorschläge in die Öffentlichkeit getragen wurden. Ganz klar: Beamtinnen und Beamten haben einen Anspruch (!) darauf, dass sie die durch höchstrichterliche Rechtsprechung zustehenden Geldleistungen bzw. Ausgleichszahlungen auch erhalten. **Wer da glaubt, mit vorgezogenen Prozentsätzen festgestelltes Un-**



Landesvorsitzender Jens Mohr



recht kompensieren zu können, der irrt!

Es wird ein heißer Herbst, denn das Vorhaben der Landesregierung muss zunächst im Rahmen eines Gesetzes auch den Hessischen Landtag passieren. Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, hat gerade diese Landesregierung bei mehreren gesetzlichen Vorhaben Schiffbruch erlitten. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die rund um die Uhr die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten, haben einen Anspruch auf rechtmäßige Besoldung. **Letztlich wird durch dieses einseitige Vorgehen einmal mehr deutlich, was dieser Landesregierung der öffentliche Dienst und die Polizei wert sind.** Was hier geschehen soll, ist kein Ausgleich für eine höchstgerichtlich festgestellte verfassungswidrige Besoldung in der Vergangenheit. Es wird vielmehr versucht, mit Besoldungserhöhungen in zwei Schritten zukünftig für eine gewisse Ruhe zu sorgen. Nicht auszudenken, was wir uns dann anhören müssen, wenn die nächsten Tarifverhandlungen beginnen. Wir werden uns nicht nur in einem Gesetzgebungsverfahren mit der entsprechenden Stellungnahme beteiligen, sondern weiter die Landesregierung öffentlich an den Pranger stellen, wie sie mit ihren Beschäftigten umgeht. **Schämen Sie sich, alle miteinander!**

Hessische Polizei gerät erneut unter Druck

Drohschreiben NSU 2.0, unberechtigte Abfragen von Polizeicomputern, rechtsextreme Chats; die hessische Polizei machte in den letzten Jahren Schlagzeilen mit rechts-extremistischen Auffälligkeiten. Wie am 29. Juli 2022 bekannt wurde, gibt es eine neue Vorwurfslage. Fünf Beamte aus einem Kommissariat des PP Frankfurt am Main sollen vermutlich strafrechtlich relevante Inhalte in Chatgruppen geteilt bzw. diese Inhalte unwidersprochen hingenommen haben.

Nach uns vorliegenden Erkenntnissen und den Presseberichterstattungen wurde gegen einen Tatverdächtigen bereits vor 2018 ermittelt. Warum diese Ermittlungen zu keiner Verurteilung führten und warum hier ggf. keine dienstrechtlichen Konsequenzen gezogen wurden, müssen andere bewerten. Alles in allem Vorwurfslagen, die zunächst durch die Staatsanwaltschaft bewertet werden müssen. Aber klar ist: Diese Art von Schlagzeilen können wir als hessische Polizei nicht gebrauchen. Folgt man den dazugehörigen Äußerungen des neuen Frankfurter Polizeipräsidenten Stefan Müller, stehen in diesem Fall Beamte unter Verdacht, die mittelbar in Führungsverantwortung stehen. **Die Fragen wird man sich stellen müssen: Wer hatte Personalverantwortung für diese Führungskräfte?** Wie werden Führungskräfte von darüberstehenden Führungskräften bewertet? Die hierarchisch aufgebaute Polizei kann nicht unkontrolliert „von oben nach unten“ machen, was „Einzelne“ für richtig halten. Im Mai 2022 wurde im Innenausschuss berichtet. Minister Beuth erklärte, dass insgesamt 67 Chatgruppen bekannt wurden, wovon 35 Anlass für strafrechtliche Ermittlungen nach sich gezogen haben. Die Opposition im Landtag formiert sich und viele von uns werden durch einige Forderungen aus den Reihen der Politik in der Öffentlichkeit in die „rechte Ecke“ gestellt. Wir haben aber 21.000 Polizeibeschäftigte in Hessen. Unsere pluralistische Gesellschaft bildet sich auch unter ihnen ab. Doch sie alle werden nun unter Generalverdacht gestellt, wegen weniger als ein Prozent von ihnen, die offenbar rechtem Gedankengut anhängen. Das ist völlig maßlos, deplatziert und tut weh. Die Stimmung im Kollegenkreis wird nach diesen neuerlichen Schlagzeilen nicht besser werden. Sie ist bereits seit Jahren schlecht, denn die Dauerbelastungen, die durch fehlendes Personal – gerade jetzt in der Sommer- und Ferienzeit zusätzlich

– drückt, belastet viele! **Wie ist es denn personell in der Urlaubszeit in den Basisdienststellen zugegangen? Um es klar zu formulieren: Einstellungsoffensive ja – aber Personal muss auch dort ankommen, wo es dringend gebraucht wird: in den Kommissariaten, Dienstgruppen und Ermittlungsgruppen.** Fehlendes Personal kann und darf keine Entschuldigung für jedwedes Fehlverhalten sein. Aber: Die Verantwortlichen im Landespolizeipräsidium und auch der Minister müssen spätestens jetzt erkennen, dass eine Fehler- und Führungskultur nicht „angeordnet“ oder durch eine Stabsstelle in den Dienstalltag „einfach integriert“ werden kann. Auch deswegen nicht, weil es den meisten Polizeibeschäftigten aufgrund der dünnen Personaldecken gar nicht möglich ist, durch Abbau von Überstunden und damit Familienzeiten auch Abstand vom Dienstalltag zu gewinnen. Minister Beuth lobt die sagenhafte Personalausstattung bei der hessischen Polizei in den letzten Jahren, vergisst aber allzu oft die zusätzlichen Herausforderungen, die personell gestemmt werden müssen. Der Arbeitsdruck in den Revieren vor Ort ist hoch. Die Kolleginnen und Kollegen müssen entscheiden, zu welchen Einsätzen sie fahren. Sie können nicht mehr alles abdecken. Ihnen schlägt deshalb viel Ärger entgegen, sie bleiben hinter den eigenen Ansprüchen zurück und zu allem Überfluss fehlen ihnen Erholungsphasen. Nach besonderen Einsätzen, wie etwa dem Anschlag in Volkmarsen oder auch nach Ermittlungen im Bereich der Kinderpornografie fehlen Rückzugsräume, Beratungsangebote, Entlastungsintervalle. Eine Dienstgruppe/ein Kommissariat sollte einmal im Monat die Gelegenheit bekommen, gemeinsam das Erlebte zu reflektieren und sich auszutauschen. Ist-Stand? Fehlanzeige!

Jens Mohrherr,
Landesvorsitzender

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

Letzte Generation? Letzte Chance?



Foto: Peter Witting

Letzter Verstand?

Mit verbaler Unterstützung der neuen Parteichefin von Bündnis 90/Die Grünen, Ricarda Lang, kleben sich seit mehreren Monaten zumeist junge Menschen auf Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen auf den Asphalt (*Anmerkung der Redaktion: Der Artikel entstand kurz bevor die betreffende Personengruppe sich auch an Rahmen von Gemälden festklebte*).

Sie protestieren für mehr Klimaschutz und gegen Lebensmittelverschwendung. Ehrbare Ziele – so weit, so gut. Die Art und Weise widerspricht aber jeglicher Logik und Verstand! Wenn Gewerbetreibende und Menschen, die zu ihrer Arbeitsstelle möchten stundenlang im Stau stehen, weil Verkehrsschlagadern blockiert sind, verliert ein ehrbares Ziel an Bedeutung. Klimaschutz und Lebensmittelrettung geht nicht ohne sozialen Wohlstand. Wer nachhaltig und klimafreundlich leben will, muss das Geld dazu erstmal verdienen. Diesen nötigen Wohlstand riskiert man jedoch unnötig, wenn man Straßen blockiert. Bei den bisherigen Aktionen kam es zu kilometerlangen Staus und Blockaden. Wenn Lieferanten ihre Waren quasi auf der Straße verlieren und ihre Existenzen bedroht sind, weil Waren verderben oder Termine nicht gehalten werden können, erreicht man auch mit zivilem Ungehorsam nichts und niemanden. Nun könnte man sich natürlich fragen, warum die Auswirkungen einer kleinen Protestaktion Existenzen und Wohlstand gefährden sollte. Nach mehr als zwei Jahren einer Pandemie und einem Krieg in Osteuropa haben viele Erwerbstätige keine Spielräume mehr in ihrem Wirtschaften und Handeln. Dies interessiert von der „letzten Generation“ scheinbar niemanden. Im Gegenteil, man brüstet sich in Medien mit seinen Aktionen und kün-

digt schon die nächsten an. Man stellt Ultimaten an die Bundesregierung und radikalisiert sich. Wie soll man auch als Polizei mit solchen Protestlern umgehen? Sind es noch Demonstranten oder schon Ökoterroristen? Wie weit spitzt sich der Protest dieser Gruppierung noch zu? Wenn Hundertschaften der Polizei durch Stadt und Wald jagen, um weitere Proteste zu verhindern, bei denen bereits Unbeteiligte verletzt wurden, stellt sich die Frage nach der Legitimation solcher Protestbewegungen. Wenn sie mehr Schaden als Nutzen haben, stellt sich auch die Frage nach dem Sinn und Verstand. Wenn Teilnehmer ihre Identität verweigern, stellt sich die Frage der bewussten Kriminalisierung. Führende Köpfe dieser und anderer Bewegungen sehen in der Eskalationsspirale noch lange kein Ende und sprechen bereits von viel weitergehenden Maßnahmen des Protests, wie der Sabotage von Infrastruktur. Dabei sehen wir gerade im Moment ganz deutlich, wie anfällig unser System ist und wie abhängig unsere Strukturen von Externen sind. Sollte unsere Infrastruktur durch mögliche gewollte Zerstörung weiter geschwächt werden, steigen auch die Preise weiter an. Ausfälle in Lieferketten oder bei der Versorgungssicherheit könnten kurzfristig zu weiteren Protesten führen. Dies sind dann soziale Proteste, weil Menschen nach Corona möglicherweise wieder in Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit kommen. Viele werden sich dann bei weiter steigender Inflation noch weniger leisten können. Klimaschutz funktioniert nur, wenn die Bürger sich dies auch leisten können. All dies bietet sozialen Sprengstoff, der dazu führen könnte, dass Protestler aufeinander losgehen. Und es wird wieder einmal Spuren bei der Polizei hinterlassen. Wer, wenn nicht WIR, die Polizei, soll dann die

Kohlen aus dem Feuer holen? Es stellt sich wiederum die Frage: Wer von der Polizei? Die Sicherheitspakete I–III sollten unter anderem die Basis stärken. Aber wo ist diese Basisstärkung? Die genannten Sicherheitspakete sind für die Basis allesamt verpufft, und zwar gewaltig! Zahlreiche dienstliche Notwendigkeiten und politische Spielereien haben dafür gesorgt, dass nicht ein Streifenwagen mehr auf der Straße zu sehen ist. Wer also soll mögliche Eskalationen, die sich wie in anderen Ländern zu Unruhen ausweiten könnten, rund um die Uhr abdecken? Und warum? Nur weil in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit einige kein Gefühl haben, was die Gesellschaft noch aushalten soll. Man hat die gestiegene Aggression der Verkehrsteilnehmer bereits deutlich wahrnehmen können. In den Staus rund um die Proteste der letzten Generation kam es nicht erst einmal zu wüsten Beschimpfungen und zu Handgreiflichkeiten. Bereits vor Eintreffen der Polizei wollten Verkehrsteilnehmer Protestteilnehmer von der Straße zerren. Welche Auswirkungen das haben kann, wenn die Hände festgeklebt sind, dafür benötigt man keine Fantasie. Aufgrund der politischen Gesamtsituation und der eskalierenden Proteste gehen Teile der Politik glücklicherweise auf Distanz und verurteilen diese Blockaden auf das Schärfste. Auch der Bundeslandwirtschaftsminister tat dies, der ebenfalls der Partei der Grünen angehört. Welchen Widerspruch diese Partei derzeit zeigt, veranschaulicht ganz deutlich, dass die Realität des Lebens nichts mit ökologischem Traumdenken gemein hat. Während Ricarda Lang den zivilen Ungehorsam propagiert, sprechen sich führende Bundespolitiker für Waffenlieferungen aus und verhandeln mit Ländern wie Katar um Gaslieferungen. Die Grünenbasis dürfte mit geballter Faust in der Tasche täglich die Tageszeitung aufschlagen. Sie werden durch die Realität überholt. Dies sollten auch die hessischen Grünen endlich begreifen und mit ihrer Blockadehaltung gegenüber der Polizei aufhören. Sie sollten sich zum einen der Zielrichtung der Bundespartei anschließen und ebenfalls für eine Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage stimmen und sie sollte auch sonst einsehen, dass die innere Sicherheit auch in Hessen nicht zum Nulltarif zu bekommen ist.

Daniel Klimpke



Messerangriffe fordern Konsequenzen – Waffenverbotszonen als Blaupause?

Rückblick: Im Rahmen eines 10-Punkte-Programms wurde 2018 zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Polizei beschlossen, den Einsatz von Messern als Tatwaffen genau unter die Lupe zu nehmen.

„Früher war alles viel sicherer“, „Nachts traue ich mich nicht mehr in die Stadt“, „Die Kriminalität nimmt immer weiter zu“ und „Die Polizei kann nicht mehr für die Sicherheit der Bürger garantieren“ waren oft vernommene Sätze von Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern.

Der Wiesbadener Polizeipräsident Stefan Müller brachte daraufhin die Einrichtung einer Waffenverbotszone in die politische Diskussion ein. Die Stadtpolitik hatte sich dazu entschlossen, die Sicherheit und insbesondere auch das Sicherheitsgefühl der Bürger in der Landeshauptstadt verbessern zu wollen. Dazu wurde ein 10-Punkte-Programm ausgerufen, in dem viele seit Längerem in der Diskussion stehende Themen in einem Päckchen zusammengeschnürt wurden. Und nur ein Teil davon ist die Einrichtung einer zeitlich und räumlich beschränkten Waffenverbotszone. Was steckt hinter einer solchen Maßnahme, die zunächst mit dem Erlass einer Rechtsverordnung durch die Landesregierung und der Einführung einer Gefahrenabwehrverordnung der Stadt verbunden ist? Einige Rahmeninformationen hierzu: Basierend auf einer Studie der Stadt aus dem Jahr 2017 waren es insbesondere junge Menschen, die sich abends und nachts dort nicht mehr sicher fühlten. Die Berichterstattung in den Medien und vor allem in den sozialen Netzwerken erzeugte dagegen den Eindruck, dass lediglich ältere Menschen und insbesondere Frauen Angst haben, Opfer zu werden. Dazu kommt die Tatsache, dass in Wiesbaden die Anzahl der Gesamtstraftaten rückläufig ist, verbunden mit einer hohen Aufklärungsquote. Die Auswertungen der PKS der Jahre 2016 und 2017 brachte jedoch andere, besorgniserregende Tatsachen ans Licht. Die erfassten Straftaten mittels Reiz-/Schuss-/Hieb- und Messern sprachen für die fünf Reviere in Wiesbaden eine deutliche Sprache. So gab es insgesamt 499 Straftaten mit Waffeneinsatz. Der Schwerpunkt mit 350 Taten lag bei den

Revieren 1 und 3. Von diesen fielen mehr als zwei Drittel unter die sog. Rohheitsdelikte (Raub, KV, Nötigung, Bedrohung u. a.). Von 2016 zu 2017 erhöhten sich die Waffendelikte um fast 14%, die Rohheitsdelikte um fast 13%. Basierend auf den Tatörtlichkeiten hat sich der nun vorliegende Vorschlag des Gefahrenraums ergeben. Alleine in 2017 wurden 255 solche benannten Waffen sicher gestellt, davon alleine 124 Messer. Schon 2011/2012 schrieben verschiedene Medien plakativ von der „Asi-Hochburg Wiesbaden“ und es war von „NoGo-Areas“ zu lesen. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik gab es von 2013 bis 2017 landesweit einen Anstieg um 40%. Die Zahl der verzeichneten Fälle, bei denen Messer registriert wurden, stieg von 865 auf 1.194 Fälle. Die Wiesbadener Polizei begegnete dieser Tatsache mit verschiedensten Maßnahmen und Konzepten. Hierbei wurden immer wieder Waffen festgestellt, die in einer Innenstadt nichts zu suchen haben. Ein weiterer trauriger Höhepunkt war das Tötungsdelikt unter Beiwohnen eines Polizeikommissaranwärters. Es bestand Handlungsbedarf. Wie kann also eine solche „Verbotszone“ dazu beitragen, dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürger einerseits Rechnung zu tragen, aber auch unsere Kolleginnen und Kollegen in die Lage zu versetzen, diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten? Letztere benötigen natürlich Instrumente an die Hand, um entsprechend handlungsfähig zu sein. Ohne die erforderlichen Rechtsgrundlagen ist dies derzeit nicht möglich. Das Ganze funktioniert natürlich nur mit entsprechendem Personal. Argumente, die wir seit Langem bereits kennen. Aber es gehört auch zur Diskussion, eine Abwägung zu treffen, welche Rechtsgüter hier eine höhere Gewichtung erhalten. Ohne Präsenz- und Kontrollmaßnahmen der Polizei wird sich die Gedankenwelt bei denjenigen nicht verändern, für die das Mitführen von Messern nicht ansatzweise ein Nachdenken auslöst, sondern ein „Aus-

gehritual“ darstellt. Was daraus werden kann, zeigt der Tod eines 19-Jährigen in der Innenstadt. Auf Grundlage der Mitte 2018 geänderten Delegationsverordnung des Landes Hessen und einer Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Wiesbaden beschloss die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung die erste Waffenverbotszone in Hessen.

Dies soll die medial viel beachteten Vorfälle eindämmen, in denen allen voran Messer oder sonstige Schnitt- und Stichwerkzeuge im Spiel waren. In einem örtlich begrenzten Bereich in der Wiesbadener Innenstadt ist es seit dem 1. Januar 2019 in der Zeit von 21 bis 5 Uhr verboten, Waffen aller Art mitzuführen. Hierin sind neben Schusswaffen (ohnehin unter Vorbehalt des Waffengesetzes) und ihnen gleichgestellten Gegenständen auch alle Arten von Hieb- und Stichwaffen verboten. Dazu zählen unter anderem Messer, Schraubendreher, Hämmer, Äxte, spitze Gegenstände, Knüppel, Beile, metallene oder scharfkantige Gegenstände, aber auch Handschuhe mit harten Füllungen (Quarz).

Verbotszonen bedeuten auch: Es müssten entweder Polizisten von anderen Orten abgezogen oder mehr Personal eingestellt werden. Es bleibt abzuwarten, ob Wiesbaden wirklich eine Vorbildfunktion für Hessen einnehmen kann. Was in der Diskussion um die erste hessische Waffenverbotszone oft unterging, waren die weiteren Punkte, die für eine Verbesserung der Sicherheit in Wiesbaden angedacht wurden. Insgesamt gibt es einen 10-Punkte-Plan, der neben verstärkter Sauberkeit und besserer Beleuchtung einzelner Straßen und Plätze auch die Ausweitung der Videoüberwachung und die Stärkung der Verkehrs- und Stadtpolizei beinhaltet. **Eines muss in solch einem Kontext auch jedem klar sein: Die Sicherheit kann nicht alleine durch die Landespolizei gewährleistet werden. Dafür wirkt der Raubbau am Personalkörper der 2000er-Jahre noch zu sehr nach.** Die angekündigten Mehreinstellungen werden auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die spürbare Entlastung endlich auf der Straße ankommt. Die in den Sicherheitspaketen I–III durch die Landesregierung angekündigten Personalverstärkungen sind, auch vor dem Hintergrund der personellen Mehrbedarfe in vielen Aufgabenfeldern (BAO Fokus – Bekämpfung der Kinderpor-

nografie) und derzeit landesweit existenten 52 besonderen Aufbauorganisationen in Hessen (das dort eingesetzte Personal wird aus dem Bestand rekrutiert), nicht in der Fläche angekommen. Unsere Ermittlerinnen und Ermittler bei der Kriminalpolizei und in den Dienstgruppen der Polizeistationen gehen – und das nicht nur in der anstehenden Urlaubszeit – mitunter auf dem Zahnfleisch. Personal wird nicht ersetzt – das Aufgabenportfolio indes wird größer. **Mehr Kontroll- druck bedeutet halt auch mehr Personal – wir fordern die Landesregierung auf, zusätzlich 1.000 neue Stellen umgehend zu schaffen und in den Doppelhaushalt 2023/2024 mit aufzunehmen!** Und: In Hessen liegt die Anzahl der Studienabbrecher bei der HöMS bei 20%! Ein nicht ganz unerheblicher Faktor; macht dies doch deutlich, dass die Einstellungen zeitlich versetzt immer neu nachgeschoben werden müssen. Fazit: Die SIPA-Pakete I, II und III werden nach meiner Meinung erst 2028 bei der Polizei stellenwirksam. Das dauert eindeutig viel zu lange! Mit der Waffenverbotszone bedient sich Wiesbaden der guten Erfahrungen, die es manchen Orten bereits im Bundesgebiet gegeben hat. Städte wie Hamburg, Bremen oder Kiel haben bereits eine ähnliche Waffenverbotszone eingerichtet. Trotz vieler Argumente dafür und dagegen liest man durchgängig von guten Erfahrungen. Wie es bei solchen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung üblich ist, gibt es Befürworter und Kritiker, die sich hier zu Wort melden. Und auch die uns längst bekannten „selbst ernannten Ankläger und Richter“ sind wieder auf den Plan gerufen. **„Polizei- und Überwachungsstaat“, verfassungswidriger Eingriff in Grundrechte, Generalverdacht durch anlasslose Polizeikontrollen. Und reflexartig natürlich auch die Reaktionen der „politischen Opposition“. Dagegen sein, nicht gerade aus inhaltlichen Sachüberzeugungen heraus, sondern eher der oppositionellen Linie treu bleiben.** Spannend wäre es, wie sich die Meinungen wenden würden, säße man mit im Magistrat oder einer Regierungsfraktion. „Das ist doch nur ein Taschenmesser“, „Den Teppichcuter brauche ich“ oder „Der Schraubenzieher ist doch kein Messer“. Verharmlosend werden von denen, die solche gefährlichen Gegenstände mitführen, gegenüber der Polizei Argumente gesucht, ohne dass man sich

Foto: Peter Wittig



nur ansatzweise Gedanken über mögliche Folgen macht. Wenn dann ein Angeklagter vor Gericht zu seiner Verteidigung sagt, „Ich wollte doch nur schneiden, nicht stechen“, wird schnell klar, welcher Probleme wir Herr werden müssen. Das Opfer eines Messerangriffs, aber auch zunehmend die Besucher der Innenstadt haben für ein solches Verhalten jedenfalls kein Verständnis.

Messerangriffe oder Angriffe mit anderen Gegenständen sind auch deswegen so gefährlich, weil sie auf eine sehr kurze Distanz erfolgen und meist keine Zeit und auch keine räumlichen Möglichkeiten vorhanden sind, um sich aus der Situation zu flüchten. Der Angegriffene ist diesem Angriff meist schutzlos ausgesetzt. Lebensgefährliche Verletzungen sind die Regel. Zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität ist es gerade an Orten, an denen sich besonders viele Menschen aufhalten, wichtig, Waffenverbotszonen zu schaffen. Solche Örtlichkeiten sind insbesondere Fußgängerzonen, Einkaufszentren, öffentliche Verkehrsmittel, Kindergärten und Schulen. **Aber: Am Ende geht es um Prävention und darum, unsere Bürgerinnen und Bürger vor schwerwiegenden Verletzungen oder noch schlimmeren Folgen zu schützen. Das eine tun, ohne das andere zu lassen. Es wäre ein Signal in die Bevölkerung, dass in Innenstädten solche Gewaltstraftaten nicht toleriert werden.** Andererseits muss es dann aber auch praktikable gesetzliche Regelungen geben, die eine Überwachung und Sanktionierung ermöglichen. Vor allem braucht es Regelungen, die auch vor den Gerichten Bestand haben. Inwieweit die gesetzlichen Änderungen (Gesetzentwurf zur Änderung sicherheitsrechtlicher Vorschriften und zur Umorganisation der HBP, die am Freitag, 15. Juli, im Hessischen Landtag in einer öffentlichen Anhörung diskutiert wurden, dazu beitragen können, bleibt abzuwarten. Bei knapp 5.000 Angriffen auf hessische Poli-

zeibeschäftigte in 2021 braucht es wirksame Mittel, die es uns ermöglichen, entsprechend gegen Übergriffe und Bedrohungen vorgehen zu können bzw. diese zu verhindern! Hinzu kommt der Hass aus dem Netz; das hinterlässt Spuren! Was unser Berufsstand nach den Polizistenmorden an Anfeindungen in den sozialen Netzwerken ertragen musste, ist nicht nur menschenverachtend, sondern rückt Teile Gesellschaft in ein bedenkliches Licht! Ermittlungsgruppen „Hatespeech“ reichen nicht aus, die Justiz muss bestehende Strafrahmen ausschöpfen, wenn Gewalttäter vor Gericht stehen, konsequent und schnell. Wir Polizeibeschäftigten vermissen oft die politische Rückendeckung! Eine Landesregierung, die ihr eigenes Handeln im Landtag lobt, spiegelt das jedenfalls nicht wider. Wir, die arbeitstäglich massiver Gewalt, schlimmsten Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, erwarten mehr als verbale Akrobatik der Regierungsfractionen und damit Rückendeckung der politischen Verantwortlichen. **Was wir brauchen, ist ein klares Bekenntnis zur Polizei und Vertrauen in die Polizei. Dazu gehört, die Fragen der inneren Sicherheit nicht ideologisch, sondern nach fachlichen Gesichtspunkten zu beurteilen und zu entscheiden. Wenn man mit unseren Kolleginnen und Kollegen spricht, wird deutlich, dass sie durchgängig eine Rückendeckung durch die Politik vermissen, die auch verbal zum Ausdruck kommen muss. Eine einseitig gelebte Fehler- und Führungskultur kann nicht die Akzeptanz der Polizeibeschäftigten finden.** Seit Jahren nehmen wir die gleichen „Versprechen“ aus der Politik wahr, geschehen ist bisher jedoch nichts! Keine noch so gute Ausstattung, Statistiken oder schärfere Strafandrohungen schützen uns vor Respektlosigkeit und Gewalt. Das ist nicht mehr hinnehmbar!

Jens Mohrher



MUSKELKRAFT UND GEHIRNSCHMALZ IM EINSATZ

Trainingstag Einstellungstest der GdP in Korbach

Ende August fand in Korbach auf dem Gelände des TSV Korbach der erste Trainingstag der GdP Hessen für den Einstellungstest in Nordhessen statt. Bereits im Frühjahr hatte die GdP eine Testvorbereitung in Wiesbaden angeboten.

In Korbach kam eine bunt gemischte „Truppe“ von jungen Menschen zusammen, die bereit waren, mit dem GdP-Team den Tag zu verbringen.

Die 13 jungen Frauen und Männer kamen überwiegend aus den 11. Klassen der Gym-

nasien, aber auch aus anderen Berufen. Der jüngste Teilnehmer war gerade 16 Jahre alt.

Nach einer kurzen Begrüßung und einer persönlichen Vorstellung ging es auch gleich in den 45-minütigen Intelligenztest, hierfür hatten alle Teilnehmer ein Laptop

oder Tablet mitgebracht. Mit dem WLAN des TSV Korbach konnten dann alle den extra für uns zusammengestellten Übungstest der Firma Ausbildungspark üben. Die Firma Ausbildungspark ist seit ca. zwei Jahren der Kooperationspartner der GdP Hessen. Den Test führten Lukas Brauer und Kooshan Pi-roazniya von unserer Jungen Gruppe durch.

Nach einer kurzen Pause mit frischem Obst und kalten Getränken ging es dann zu dem Sporttest. Der „Fünfersprung“ sowie der „Achterlauf“ waren in der angrenzenden Sporthalle der Stadt Korbach aufgebaut. Nach dem Aufwärmen waren hier alle Teilnehmer gefordert. Der Fünfersprung stellte hier keine Hürde dar, jedoch der Achterlauf. Hier merkten einige der Teilnehmer, dass sie noch etwas üben müssen, um ihn zu bestehen.

Im Anschluss folgte auf dem Sportplatz der „500 Meter Pendellauf“, der ebenfalls fast keine Probleme verursachte. Lediglich auf die Kraftübung Bankdrücken haben wir verzichtet. Den Sporttest führte unser GdP-Freund Andreas Kubiak von der Bundespolizei durch.

Nun waren die jungen Gäste über eine längere Pause froh. Sie tauschten sich miteinander aus und wuchsen als „Team“ zusammen. Mit Brötchen und kalten Getränken hatten wir eine angenehme Mittagspause.

Nach dem Mittag stellte Kooshan von der Jungen Gruppe Aspekte des Studiums, die Bezahlung und sowie den Ablauf der Praktika den Zuhörern vor. Auch berichtete Lukas über die Kripolaufbahn.

Zum Schluss wurden noch wichtige Punkte für das Verhalten im Gruppen- und Einzelgespräch angesprochen.

Mit einem sehr guten Feedback der jungen Menschen für das GdP-Team in Korbach

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.

Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de
www.vdp-polizei.de



endete die Veranstaltung gegen 15 Uhr. Alle wissen nun, wo sie stehen und wo sie sich noch weiter vorbereiten müssen.

Sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren Jugendliche aus GdP-Familien in Nordhessen.

Mein besonderer Dank gilt Uwe Tenbusch, der uns bei dem TSV Korbach diese Möglichkeiten verschafft hatte. Auch bei

Caro, Niklas und Alessia möchte ich mich für die Mithilfe im Team herzlich bedanken.

Sicher werden wir diesen Trainingstag im nächsten Jahr wiederholen!

Stefan Ruppel



Verfassungsschutzbericht 2021 Anfang September vorgestellt: „Extremisten wollen unsere Gesellschaft spalten“ – zusätzliche Aufgaben für die Polizei werden nicht ausbleiben!

Ein „heißer Herbst“ steht offensichtlich bevor und die Befürchtungen, dass extremistische Gruppierungen, links wie rechts, dies als Plattform ihrer kruden Ideologien nutzen werden, sorgt auch in den Reihen der hessischen Polizeibeschäftigten für Sorgen. Innenminister Peter Beuth und Robert Schäfer, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hessen, sind sich einig: Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik war die Bewältigung der anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen so groß, wie in Zeiten des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der Coronapandemie. Der Nährboden für extremistische Gruppierungen wird darüber hinaus meist unkontrolliert im Internet und den sozialen Medien genutzt, um demokratische Versammlungen zu unterwandern. In einer GdP-Stellungnahme teilt Landesvorsitzender Jens Mohrherr mit: „Unsere Kolleginnen und Kollegen bereiten sich auf diese großen Herausforderungen vor. Ohne die Entwicklung im Herbst vorauszusehen und ohne Ängste verbreiten zu wollen, werden Planungen für mögliche, unfriedliche Versammlungen und Demonstrationen in der Gesellschaft ernst genommen. Mögliche Energieengpässe bei Strom und Gas und parallel rasant steigende Preise sind bereits heute Realität. Am 6.9.2022 wurden beispielsweise in Leipzig Tausende Menschen auf den Straßen erwartet, die gegen die Energiepolitik der Bundesregierung demonstrierten. Es erfüllt uns mit großer Sorge, wenn Rechts- oder Linksextreme, sog. Querdenker und andere verfassungsfeindliche Gruppierungen oder Organisationen versuchen, diese grundrechtlich legitimierte Demonstrationen als Plattform für ihre unsäglichen Ideologien zu missbrauchen! Schlimm genug, dass bundesweit und

in Hessen der massive Abbau von Polizeistellen dazu geführt hat, dass diese Herausforderungen meine Kolleginnen und Kollegen wieder einmal an ihre Belastungsgrenzen führen werden!“ Trotz Einstellungsoffensive bei der hessischen Polizei muss bei gleichzeitiger Mehrung und Abarbeitung hinzugekommener Aufgaben, beispielsweise die Bekämpfung

von Extremismus, der massive Abbau von Polizeistellen fehlen bzw. nicht angekommen sind. Vor dem Hintergrund der gleichzeitigen demografischen Entwicklung in unserem landesweiten Personalkörper, jährlich werden ca. 500 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte pensioniert, ist eine gefährliche personelle Abwärtsspirale politisch bekannt, der unbedingt durch weitere Neueinstellungen begegnet werden muss. Vor allen Dingen müssen IT-Spezialistinnen und -Spezialisten herbei, die den Vollzug entlasten. Eine gelebte Fehler- und Führungskultur nimmt man dem Minister nur dann ab, wenn er auch die Personaldefizite anerkennt, statt diese „schönzureden!“ Politisch Verantwortliche haben eine besondere Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wer öffentlich Konfliktszenarien fahrlässig oder mutwillig herbeiredet, macht mit dieser Art von Politik deutlich, dass den in den Startlöchern stehenden radikal-extremistischen Trittbrettfahrern der Boden bereitet werden soll. Dabei sind die mithin immer häufiger auftretenden Protestaktionen sog. Aktivistinnen und Aktivisten, die sich an Kunstwerke von immenser historischer Bedeutung „festkleben“ oder stark frequentierte Straßen durch solche Art von Protest blockieren, sich von Autobahnbrücken abseilen, nur die Spitze des berühmten Eisberges. Dafür haben die Bürgerinnen und Bürger schon lange kein Verständnis mehr, Herr Minister! Bleibt zu hoffen, dass die GdP-Forderungen an den nächsten Doppelhaushalt 2023/2024, die im Übrigen jetzt in Gesprächen mit den demokratischen Parteien (außer der AfD) im Landtag intensiv durch uns mit beraten werden, auch auf fruchtbaren Boden fallen. Ansonsten wird diese Personalpolitik Gradmesser im nächsten Landtagswahlkampf werden.

Jens Mohrherr



Foto: GdP Hessen

der Kinderpornografie (BAO Fokus) und die Bekämpfung der rechtsextremistischen Gefahr durch die Besondere Aufgabenorganisation Rechts (BAO Hessen R) sowie auch die mannigfaltige Aufgabewahrnehmungen im Bereich Schub 11, die immer mehr Personal einfordern, ehrlicherweise festgestellt werden, dass über 1.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte in den Kommissariaten und Dienststellen



**Gewerkschaft
der Polizei**
Hessen



Jetzt
Mitglieder
werben &
gewinnen!

immer im Einsatz

Neue Familienstrukturen und neue Herausforderungen im täglichen (Berufs-)Leben machen die Suche neuer Arbeitsmodelle zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** nicht einfacher. Viele junge Familien wohnen nicht mehr im Umfeld von „Oma und Opa“. Krankheiten der Kinder oder der Eltern werden so zu einem schwer kalkulierbaren Risiko. Hinzu kommen unvorhersehbare Ereignisse wie z. B. die Corona-Pandemie oder auch der Klimawandel. Bis zu 30 Grad Hitze in den Büros lassen ein konzentriertes Arbeiten nicht mehr zu. Home-Office ist eine Lösungsmöglichkeit.

Um gegen diese Einflüsse gewappnet zu sein, fordern wir eine **Erweiterung bzw. den Austausch der IT-Infrastruktur. Allen, bei denen es dienstlich umsetzbar ist, ist Home-Office zu ermöglichen.** Eine schnelle Abkehr von Standardarbeitsplätzen hin zu **Laptops oder Surfaces** ist unabdingbar. Dafür und für andere Themen stehen wir ein – für **EINE STARKE POLIZEI!**



→ Infos



→ Beitritt

➔ **Jetzt Mitglieder werben:**
Tolle Verlosungsaktionen für Werber/innen
und Neumitglieder sowie attraktive Prämien!

#nurmitdir

**EINE
STARKE
POLIZEI**

GdP Hessen · Wilhelmstr. 60 a · 65183 Wiesbaden · www.gdp.de/hessen · www.facebook.com/gdphessen

Wir danken unseren Sponsoren:

